

Praxis: Experiment, Aktion und Alltag

Praxis meint hier den Versuch, mittels Strategien und auf der Grundlage entwickelter Theorien die eigene Lage und ein Stück Gesellschaft zu verändern. Hierzu gehören einerseits indirekte (vermittelte) Formen wie die Veränderung von Diskursen oder Erweiterung von Wissen, andererseits auch die direkte (unmittelbare) Intervention in das Bestehenden. Veränderung ist das Hauptmotiv beider Vorgehensweisen.

Darüber hinaus aber dient Praxis auch der Theorieentwicklung. Denn wo Theorie und Praxis nicht verbunden sind, fehlt nicht nur der Praxis Vieles, vor allem die analytische Ebene, der Maßstab des Vorgehens und der späteren Reflexion, die vermittelten Inhalte und einiges mehr. Es fehlt auch der Theorie eine wichtige Quelle der Information. Denn die Anwendung in der Praxis ist nicht nur ein wertvoller Test, sondern auch ein ständiger Input an Eindrücken, die in die Theorie genauso hineinfließen können und sollten wie philosophische Debatten, kreatives Denken und die schon vorhandene Literatur mit ihren Überlegungen und Debatten. Den Elfenbeintürmen abgehobener Wissenschaft, bildungsbürgerlicher Lehrveranstaltungen, Organisationen und Parteien fehlt dieser Bezug. Da lässt sich nett dozieren und diskutieren. Der Bezug zu dem, was gesellschaftliches Geschehen prägt, geht aber schnell verloren oder wird nie hergestellt.

Emanzipatorische Praxis bedeutet, das Herrschaftsförmige aus allen Verhältnissen und Beziehungen in der Gesellschaft zurückzudrängen, um Freiheiten zur Selbstentfaltung der Einzelnen und freie Kooperation zu schaffen. Die Art solcher Praxis kann sehr unterschiedlich sein – als direkte oder symbolische Aktion, Erstreiten von Freiräumen oder Aufbau von Alternativen. In den folgenden Abschnitten sollen die verschiedenen Handlungsfelder emanzipatorischer Umgestaltung aufgezeigt werden. Wo bereits Texte an anderer Stelle verfügbar sind, wird – nach kurzer Zusammenfassung – auf diese verwiesen.

Demaskierung des Herrschaftsförmigen in Verhältnissen und Beziehungen

Herrschaft ist allgegenwärtig, aber oft versteckt. Sie kann über die sozialen Zurichtungen der beteiligten Menschen in eine Gruppe oder Kooperation einziehen. Der Druck des „Norm“alen, von Diskursen und Erwartungen liegt in allen Situationen. Institutionelle Herrschaft kann als Drohkulisse im Hintergrund stehen, auch wenn sie auf den ersten Blick nicht erkennbar ist. Der ständige, skeptisch-analytische Blick, bereits an anderer Stelle beschrieben, hilft beim Aufspüren – der Voraussetzung für den Abbau oder die Überwindung des Herrschaftsförmigen in Beziehungen und Verhältnissen. Diese können,

müssen aber nicht öffentlich gemacht werden. Oft reicht für Einzelne oder konkrete Gruppen, ihre eigenen Binnen- und Außenverhältnisse zu durchschauen, um sie bewusst steuern zu können. Geht es darüber hinaus, d.h. werden Abhängigkeiten, Zwänge, Diskurse, Herrschaftsinstitutionen usw. mit passenden Mitteln demaskiert und öffentlich dargestellt und somit erkennbar, so überschreitet das die Emanzipation im Alltag und wird zur politischen.



Text „Herrschaftsbrille aufsetzen“ im „HierarchNIE!“-Reader: www.projektwerkstatt.de/von-unten/eliten/brille.html

Aus Christoph Spehr (2003): „Gleicher als andere“, Karl Dietz Verlag in Berlin
Sie fragt in der konkreten Ausgangslage: Wo liegt hier überall erzwungene Kooperation vor, durch welche Herrschaftsinstrumente wird freie Kooperation verhindert, was sind Schritte um diese Instrumente unschädlich zu machen oder zu beseitigen? Die Theorie der freien Kooperation überschätzt nicht das einzelne Instrument der Veränderung, sondern denkt in Kriterien, die sich in den fünf »Politiken« niederschlagen: was heißt hier »abwickeln«? wie kann hier eine »Politik der Beziehungen« zur Geltung gebracht werden? usw. ... (S. 69 f.)

Die in der Realität wirksamen Herrschaftsinstrumente zu benennen und abzubauen, bedeutet, in einer konkreten Kooperation die Machtfrage zu stellen: Wer hat sie, worauf stützt sie sich, wie kann sie in der Praxis zurückgedrängt und überwunden werden. Allerdings können wir diese Frage heute, angesichts der Vielfalt von Unterdrückungsverhältnissen und der Tatsache, dass fast jeder und fast jede sich in irgendeiner Hinsicht auch auf einer herrschenden Seite befindet, nur noch im Plural stellen – »Machtfragen stellen«. (S. 73)

Skeptische Analyse und emanzipatorische Veränderungen sind ebenso dort angebracht, wo Beherrschung zwar offen zutage tritt, sich aber hinter dem vermeintlich Guten versteckt oder mit besonderen Tricks legitimiert wird – z.B. als Recht, Gesetz oder Demokratie. Das reicht von den kleinen Dingen des Alltags, wo Überwachung oder dirigistische Eingriffe mit mehr Sicherheit oder Umweltschutz begründet werden, bis zu imperialen Kriegen zum vermeintlichen Schutz der Menschenrechte. Auch hier gilt wieder, dass Beides wichtig sein kann: Das Herrschaftsförmige selbst erkennen und die Demaskierung öffentlich zu machen.

Aus Christoph Spehr (2003): „Gleicher als andere“, Karl Dietz Verlag in Berlin (S. 52)
Eine Politik der freien Kooperation muss, viertens, in der Praxis Stellung beziehen zum Doppelcharakter von Demokratie und Demokratisierung im demokratischen Zeitalter: dass die real existierenden Formen institutioneller demokratischer Systeme zur Ausübung und zum Ausbau von Herrschaft dienen können, dass es aber kein Fortschritt für Freiheit und Gleichheit wäre, sie zugunsten vordemokratischer Formen abzuschaffen. Da es kein Modell institutioneller Demokratie gibt, das von diesem Doppelcharakter frei wäre, kann die Lösung nicht darin liegen, ein konkretes Modell vorzuschlagen, das diese Probleme angeblich nicht hätte. Es gibt keine »herrschaftssichere« Form institutioneller Demokratie. Eine Politik der praktischen Demokratiekritik – oder, um es anders auszudrücken, eine Politik der emanzipativen Demokratisierung – ist daher nicht an eine bestimmte institutionelle Form gebunden, sondern fasst Elemente zusammen, die aus der Praxis sozialer Bewegungen hervorgegangen sind und quer zur konventionellen Demokratievorstellung liegen, wie Dezentralisierung, affirmative action usw.



Seiten zur Demokratiekritik:
www.demokratie-total.de.vu

Herrschaft abwickeln

Dem skeptischen Blick auf die Lage folgt der Versuch, das Herrschaftsförmige zu verdrängen oder zu überwinden. Das ist nicht als Einakter vorstellbar, sondern als ständige Abfolge von Handlung und Reflexion. Dominanzen, Diskurse und andere Erscheinungsformen von Fremdbestimmung und Machtgefälle können immer wieder neu auftreten oder werden erst im Laufe von Veränderungsprozessen erkennbar. Emanzipation ist daher ein Prozess – und zwar einer, der des Nachdrucks und des Willens zur Veränderung bedarf.

Aus Christoph Spehr (2003): „Gleicher als andere“, Karl Dietz Verlag in Berlin (S. 51 f.)
Wenn erzwungene Kooperation durch eine Fülle von Herrschaftsinstrumenten aufrechterhalten wird, dann ist es für eine Politik der freien Kooperation notwendig, diese Instrumente abzuwickeln. »Abwicklung« bedeutet, dass diese Instrumente nicht für »etwas Besseres«

eingesetzt werden können, sondern heruntergefahren werden; dass dies ein Prozess ist und keine einmalige Aktion; dass ein »Ausknipsen über Nacht« nicht möglich und in vielen Fällen auch nicht wünschenswert ist, dass das Ziel aber klar sein muss. Nichts anderes kann man sich heute darunter vorstellen, was es heißt, Machtfragen zu stellen: Herrschaft sichtbar zu machen und ihre Instrumente in der Praxis zurückzuweisen, und zwar an allen Orten der Gesellschaft und in jeder Kooperation.

Unmittelbare Handlungsansätze bestehen in den Alltagsbeziehungen und gesellschaftlichen Subräumen, die von Menschen direkt bestimmt werden, in denen also ein personales Verhältnis der Beteiligten untereinander besteht. Dort alles Herrschaftsförmige zu enttarnen und praktisch zu werden, treibt die Diskurse und Strukturen der Macht von unten aus den Ritzen der Gesellschaft. Das dürfte die erfolgversprechendere Strategie sein, denn regelmäßig scheitert der Versuch, emanzipatorischen Wandel von oben, also per Gesetz, Kontrolle oder anderer zentraler Steuerungsmittel zu verwirklichen. Denn Herrschaft ist immer selbst Grund seiner Ausübung, d.h. es ist nicht Versagen der Einzelnen, sondern systembedingt, dass solche Versuche regelmäßig scheitern. Das schließt nicht aus, es weiter zu probieren oder zumindest, so politisch durchsetzbar, die Bedingungen für einen Wandel von unten zu verbessern (Zugang zu Ressourcen, Grundabsicherung, Demaskierung von Herrschaft). Eine Schwerpunktsetzung darauf transformiert aber emanzipatorische Kraft zur Akteurin innerhalb der „Norm“alität. Die Gefahr, dass die dort typischen Unterdrückungs- und Steuerungsmethoden reproduziert werden, ist hoch.

Christoph Spehr, 1999: „Die Aliens sind unter uns“

Es funktioniert nicht, die zentrale Staatsmacht zu erobern und die Verhältnisse von oben neu zu ordnen. Die Macht hat viele Zentren und viele Gesichter; und im großen und ganzen müssen die versammelten Waffen des Alienismus zurückgedrängt, abgebaut, abgewickelt werden. Man kann sie nicht umstandslos für etwas Gutes einsetzen, ohne einen neuen Alienismus zu schaffen. Man muss die Macht, die Kompetenzen, die Entscheidungsfreiheit an die Menschen zurückgeben.

Grenzen und Trennungen überwinden

Weil die Idee einer Welt, in der viele Welten Platz haben, wichtig ist, gilt es, Grenzen und Trennungen zu überwinden, die Ungleichheiten fixieren oder sogar steigern sollen. Diese existieren in der heutigen Welt vielfach – sei es zwischen Nationen oder Staatengemeinschaften, zu den Zonen der gesellschaftsinternen Abschiebung in Knästen und Zwangspsychiatrien, zwischen den abgesicherten Lebensbereichen der Reichen und Privilegierten und den umgebenden Zonen der Armen, zwischen Bank-/Villenvierteln und Ghettos oder zwischen Metropolen und Peripherie. Die Grenzen können scharf oder fließend sein, baulicher Art, formal oder nur diskursiv. Entsprechend gehören zur Strategie des Einreißens alle Aktionsformen von militanter Attacke über vermittlungstarker öffentlicher Intervention bis zum Aufbau alternativer Projekte, die solche Grenzen überwinden helfen.

Anfangen im Hier & Jetzt

Da das Herrschaftsförmige überall lauert, ist Emanzipation eine Sache des Immer und Überall. Das verpflichtet nicht zum Kleinklein, denn erstens sind widerständige politische Aktionen und Veränderung im Alltag keine Gegensätze. Zum anderen stellt das Herrschaftsförmige im Kleinen fast immer ein Abbild grundlegender Verhältnisse und Bezie-

hungen in der Gesellschaft dar. Es kann also jede Auseinandersetzung dafür genutzt werden, eine weitergehende Kritik zu formulieren – auch öffentlich.

Umgekehrt heißt die Tatsache, dass in jedem kleinen Alltagsvorgang die Verhältnisse und Beziehungen der großen Welt drinstecken, dass sowohl die konkrete Veränderung wie auch die Auseinandersetzung mit den Rahmenbedingungen überall beginnen kann.

Aneignen und Austeilen

Verteilung und Zugänglichkeit von Ressourcen prägen gesellschaftliche Verhältnisse und Handlungsmöglichkeiten. Zur Zeit sind sie sehr ungleich verteilt und zwar aufgrund des Eigentumsrechtes, wirtschaftlicher Verhältnisse und der autoritären Rolle des Staates. Die Ungleichverteilung fällt dabei so stark aus, dass erhebliche Ressourcen ungenutzt herumliegen, weil sie dort, wo sie liegen, im Überfluss sind oder nicht gebraucht werden, formale Schranken aber ihre Nutzung an anderer Stelle verhindern. Es ist daher sinnvoll, den Zugang zu Ressourcen zu verbessern. Das ist je nach Art der Ressource auf sehr unterschiedlichen Wegen möglich.

Ressourcen aneignen und zugänglich machen

Einige haben viel, viele haben wenig. Das schafft Privilegien und ungleiche Handlungsmöglichkeiten. Eine ausgeglichene Verteilung des Reichtums, insbesondere auch des Zugriffs auf Produktionsmittel, hilft Herrschaftsverhältnisse abzubauen. Solche Veränderungen sind über politische Prozesse möglich, aber auch über die Aneignung. Die Besetzung eines Hauses, die Verwandlung bisher unzugänglicher, naturfern gestalteter Grundstücke in öffentliche Gärten, Umsonstläden, das Knacken eines Kopierschutzes bzw. des Quellcodes digitaler Ressourcen oder die als Diebstahl von den VerwalterInnen der bestehenden Ungleichverteilung gebrandmarkte Plünderung und Verteilung an Bedürftige sind einige von vielen Handlungen, die bestehende Verteilung zu verändern. Dass vieles davon illegal ist, muss nicht überraschen – Gesetze sind die Regeln derer, die Privilegien innehaben und erhalten wollen, unter anderem das Privileg, Gesetze erlassen zu können.

Der bloße Wechsel von Verfügbarkeit stellt allerdings nur einen kleinen Fortschritt dar. Wirkungsvoller wäre, die Ressourcen dauerhaft öffentlich zugänglich zu machen – also das Haus nicht nur per Besetzung dem Dasein als reines Spekulationsobjekt zu entreißen, sondern es zu öffnen für die Nutzung Vieler (potenziell Aller). In diesem Sinn sind die meisten Hausbesetzungen vertane Chancen, weil nur Namen, Alter und Dresscode derer wechseln, die in spießiger Art ihr Eigentum gegenüber offener und vielfältiger Nutzung zu schützen versuchen. Wesentliche Veränderungen entstehen erst dann, wenn die Ressourcen allgemein verfügbar werden: Wissen, Technik und Erfindungen zugänglich machen, digitale Information offen gestalten (wie es z.B. bei Open Source Software der Fall ist), offene Räume schaffen und vor allem Produktionsmittel für alle bereitstellen. Ob Bagger, Schweißgerät, Staubsauger, Druckerei oder Computer – es macht Sinn, wenn alle Menschen solche Sachen nutzen können (bei aller Schwierigkeit, wie der Prozess einer Kooperation dann konkret zu organisieren ist).

Wissen vermehren – für sich und alle

Es sind nicht nur äußere Bedingungen, die Handlungsmöglichkeiten einschränken, sondern auch fehlendes Wissen um diese. Das ist oft ebenfalls gesellschaftlich bedingt, weil z.B. Schule und Ausbildung keine für selbstorganisiertes Leben passenden Informationen vermitteln. Sie vermiesen die Lust am eigenständigen Lernen und lassen es funktional erscheinen, statt eigener Anstrengung einfach im Strom mitzuschwimmen. Die eigene Schwäche, sich aus dieser Umklammerung zu lösen, ist Teil des Problems. Wohlgermerkt: Die Schwäche ist gesellschaftlich erwünscht. Es bedarf eines gegenkulturellen Aktes, eines mit der eigenen Zurichtung brechenden Willensaktes, die Bahn zu verlassen und sich selbst zum/r AkteurIn des eigenen Lebens zu erklären. Notwendig ist dann die ständige Aneignung der Fähigkeiten zu selbstorganisiertem Alltag – ein immerwährender Prozess, denn niemand kann alles Wissen und alle z.B. handwerklichen Anwendungen beherrschen. Aber es darf gerne ständig immer mehr werden ...

- Bedienungsanleitungen lesen, Fragen stellen.
- Aufmerksam sein und mitkriegen, wo was fehlt oder nötig ist, wo was zu holen ist, wie was funktioniert.
- Willen zur Verbesserung entwickeln: Lässt sich etwas noch geschickter lösen?
- Die Technik durchschauen, beherrschen und selbst optimieren können, die im eigenen Leben prägend ist (von Wasserhahn über Computer bis Auto/Fahrrad).
- Erfahrung und Wissen sammeln, wie sich neue Fragen klären und Lösungen finden lassen.

Das und vieles mehr bedeutet die Selbstermächtigung zum eigenen Leben. So entsteht die Alternative zum Mitschwimmen im Strom. Sie kann mit anderen Menschen geteilt werden. Wenn alle Informationen öffentlich zugänglich gehalten werden und sich Menschen ihr Wissen weitergeben, wächst bei allen die Fähigkeit zum selbstorganisierten Handeln.



Selbstorganisation im
Alltag: www.alltagsalternative.de.vu

Doch am Beginn steht die eigene Entscheidung, der Willen, sich selbst zum Mittelpunkt des eigenen Lebens zu machen. Und dann: Selbständigkeit trainieren, Wissen um praktisches Handeln erweitern, Aufmerksamkeit schulen, Mut entwickeln, selbst die handelnde Person zu sein.

Beteiligungsmöglichkeiten ausdehnen, Hemmnisse abbauen

Trotz aller utopischen Ziele: Jede Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten im Hier und Jetzt kann wichtige Vorteile bringen. Denn der kleine Schritt ist nicht nur Verbesserung an sich, sondern auch selbst wieder Voraussetzung für mehr. Insofern folgt Emanzipation der gleichen Logik wie die Evolution des Stofflichen, des Lebendigen und der menschlichen Kultur: Jeder Fortschritt kann die Basis für neue Möglichkeiten sein. Der Prozess ist nicht linear, sondern aufeinander aufbauend. Jeder Akt der Befreiung oder Aneignung ist nicht nur Gewinn als solches, sondern auch die bessere Voraussetzung für die nächsten Entwicklungen.

Das gilt natürlich auch andersherum. Eine rückwärtsgewandte Politik der Einschränkungen von Handlungsmöglichkeiten verschlechtert nicht nur das konkrete Detail, sondern immer auch die allgemeinen Handlungsmöglichkeiten. Die autoritären Staatssysteme der heutigen Zeit, gleichgültig ob als Monarchie, demokratischer Rechtsstaat oder zentralistische Volksrepublik, verfolgen wie ihre Vorläufer immer eine die aktuellen Privilegien und Verhältnisse erhaltende, d.h. konservierende Politik. Dazu gehört der Entzug von Möglichkeiten der Veränderung. Um es an einem Beispiel zu schildern: Wer in Deutschland als Partei in die Parlamente will, muss den Erhalt der augenblicklichen Staats- und Gesellschaftsform anerkennen und sichern wollen. Alle anderen Parteien sind verboten. Die ganze politische Propaganda, politischen Protest nur legal zu äußern, entlarvt sich dabei selbst. Denn die Veränderung der bestehenden Verhältnisse als legaler Vorgang über die dafür vorgesehenen Formen politischer Einflussnahme ist verboten.

Nichtsdestotrotz bietet auch die vorhandene Gesellschaft bereits Möglichkeiten des Mitmischens. Es gibt keinen Grund sie auszulassen, solange sie tatsächliche Beteiligungschancen bieten. Das ist z.B. in einigen Planungs- und Genehmigungsverfahren der Fall. Manche Gesetze garantieren die Einsicht in Behördenakten, wieder andere die Möglichkeit, Volksabstimmungen (vor allem im kommunalen Bereich) durchzuführen. All diese Beteiligungsformen sind in sozialen Kämpfen erstritten. Die Waffen sind oft stumpf, die Beteiligung sehr beschränkt. Nutzen lässt sich das trotzdem, denn niemand verhindert ja, auf die Beschränktheit der Mitgestaltung hinzuweisen.

Reine Pseudoangebote ohne konkrete Klärung der Einflußmöglichkeiten wahrzunehmen, kann ein Eigentor bedeuten. Denn neben der Verschwendung von Energie bedeutet Reden ohne tatsächliche Mitgestaltung immer eine Legitimation zentraler Entscheidung. Solche zu delegitimieren wäre schlauer, als öffentlich gute Miene zum herrschaftsförmigen Spiel zu machen.

Es fehlt weitgehend an Initiativen, Mitbestimmung und Beteiligung im öffentlichen Raum zu fordern und zu fördern. Stadtteilinitiativen, die Eroberung öffentlicher Flächen zwecks gemeinsamer Gestaltung und insgesamt das Verlagern politischer Macht aus Bürokratie, Parlamenten und Konzernen in eine direkte Organisation von Betroffenen und Interessierten können kleine Schritte in eine richtige Richtung bedeuten.

Aus Kappler, Marc (2006): „Emanzipation durch Partizipation?“, Marburg (S. 125)
Partizipationsmodelle, in denen der Machtunterschied zwischen Partizipierenden und InitiatortInnen, EntscheidungsträgerInnen oder Verwaltungsangestellten nicht mitgedacht wird, laufen Gefahr diese Machtverhältnisse zu reproduzieren und somit die Partizipation nur als Legitimierung bestehender Verhältnisse zu benutzen, anstatt eine Veränderung in eine emanzipatorische Richtung zu erwirken. ... Jegliche vorhandenen Machtmittel müssen unter allen Beteiligten eines Partizipationsprojektes gleich verteilt sein. Somit korrespondiert wirkliche politische Partizipation mit der Aushebelung politischer Privilegien. Kristallisationspunkt hierfür wäre eine politische Beteiligung, die den traditionell verankerten Interessen zuwiderläuft.

Utopien entwickeln, benennen und vorantreiben

Schließlich gehört zur Idee herrschaftsfreier Gesellschaft die Debatte über Utopien selbst. Es geht nicht um den Entwurf des exakten Bildes, sondern um das Ringen um Fragen und Antworten, Entwürfen und Möglichkeiten. Was ersetzt Strafe? Wo kommen die Brötchen her? Was passiert mit Vergewaltigern? Wird dann die Umwelt nicht noch krasser ausgebeutet? Und wenn doch jemand eine Waffe hat? Solche und viele, viele weitere Fragen müssen zugelassen und offensiv angegangen werden ...

- in Veranstaltungen zum Thema.
- durch direkte Aktionen in der Öffentlichkeit, die gezielt weitergehende Debatten anregen statt immer nur Detailveränderungen einfordern und damit indirekt aussagen: Das Bestehende ist prinzipiell ganz o.k. – diese Welt bzw. dieses Deutschland ohne Castor, Nazis oder mit Tobin Tax wäre eine schöne Sache ...



Kreative Aktionen in der Öffentlichkeit für herrschaftsfreie Utopien unter www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/dan/utopien.html

- über eigene Medien oder andere Veröffentlichungen.

Aktionen mit utopischem Gehalt entwickeln sich schnell, wenn unersetzbare Bestandteile der „Norm“alität angegriffen werden. Wer den Castor stoppt oder Nazis vertreibt, erzeugt die Debatte über diese (und meist noch über die rabiate Polizei mitsamt oft undurchdachter Reaktionen auf Polizeigewalt). Der Rest bleibt unangefochten. Das ist trotzdem nicht verkehrt. Es führt aber zu breiteren Debatten, wenn z.B. Justiz, Diskurse und Wahrheiten, ökonomische Grundlagen wie Eigentum oder Verwertungslogiken in Frage gestellt werden. „Aber das geht doch nicht“, wäre als Reaktion die sichere Erkennungsmelodie, dass die Angesprochenen verstehen ... Dabei sind solche Aktionen nicht unbedingt aufwändiger, liegen schnell aber zumindest im Grenzbereich zwischen Legalem und Illegalem, weil das Recht als Normensammlung des Gestern die traditionelle und dominante Auffassung von Gesellschaft widerspiegelt. Was würde geschehen, wenn an vielen kleinen Orten Kopierstationen für copyrightgeschützte Texte, Bilder oder Codes stünden – und sei es nur für ein paar Stunden, aber gut sichtbar und inhaltlich gut begründet. Welch massive Reaktion hatte einst der kleine, aber doch kühne Entschluss von Rosa Parks, sich nicht mehr auf die für Schwarze vorgesehenen Sitzplätze im Bus niederzulassen. Politische und alternative Bewegungen sind dagegen seltsam zurückhaltend, ängstlich, normalitätsverliebt.

Ganz ähnlich lassen sich viele Formen der Aneignung mit Debatten und Forderungen zu Utopien verbinden. Wer ein Haus besetzt oder eine Fläche zum öffentlichen Garten macht, kann mit Forderungen und Ideen für eine Gesellschaft jenseits von Verwertungslogik und Eigentumsfetisch aufwarten. Das Konkrete tun, das Weitergehende fordern und das Utopische offen diskutieren, passt gut zusammen. Das Zeitalter, in dem die vorsichtige Bemerkung „Eine andere Welt ist möglich“ fast revolutionär wirkt, weil auch politische Bewegung im „There is no alternative“ (TINA-)Syndrom darbt, muss endlich zuende gehen. Denn der Impuls, für eine andere Welt einzutreten und sie Stück für Stück zu verwirklichen, entspringt selten dem Elend, öfter aber der Zuversicht, dass es etwas Besseres gibt.

Aus Wilde, Oscar (1970): „Der Sozialismus und die Seele des Menschen“, Diogenes (S. 35) *Eine Weltkarte, in der das Land Utopia nicht verzeichnet ist, verdient keinen Blick, denn sie*

läßt die eine Küste aus, wo die Menschheit ewig landen wird. Und wenn die Menschheit da angelangt ist, hält sie Umschau nach einem besseren Land und richtet ihre Segel dahin. Der Fortschritt ist die Verwirklichung von Utopien.

Experimente und Anwendungsfelder

Ein zentraler Baustein von Praxis sind konkrete Versuche, es anders zu machen. Dabei kommt es nicht auf die Größe des Projektes an, wohl aber auf seinen utopischen Gehalt. Denn was Experiment sein will, muss über das hinausgehen, was „norm“al ist – und zwar sowohl in Bezug auf den bestehenden gesellschaftlichen Mainstream als auch sich abhebend von üblichen politischen Protestformen. Zwar ist nicht falsch, Bewährtes zu wiederholen, als vorantreibend können aber nur solche Versuche bewertet werden, die versuchen, neue Ideen umzusetzen oder neue Erfahrungen zu sammeln (z.B. gleiche Versuche unter anderen Bedingungen).

Es tut aber auch der Theorie- und Strategiediskussion gut, sich auszuprobieren und Erfahrungen aus der Praxis in die Überlegungen einfließen zu lassen. Etliche theoretische Verwirrungen der Vergangenheit und Gegenwart entspringen dramatischen Abgehobenheiten, wenn z.B. Intellektuelle, überwiegend im Staatsdienst, über Bedingungen der ArbeiterInnenklasse und deren Einheit fabulieren, wenn dunkel gekleidete, sportliche Jungerwachsene – frisch aus der Fürsorge durch die eigene Mami entlassen – über Autonomie oder Radikalität mitsamt ihren Folgen diskutieren, wenn privilegierte BürgerInnenschichten, die weder selbst noch in ihrer Verwandtschaft je mit Zwangspsychiatrie, Knast oder Strafjustiz in Berührung gekommen sind, den Rechtsstaat und die Garantie der Grundrechte loben, oder wenn NGO-FunktionärInnen zwischen ihren Anträgen auf Zuschüsse von Papi Staat Zeit finden, sich selbst als unabhängige Zivilgesellschaft zu inszenieren.

Es lohnt immer, die Auseinandersetzung da draußen zu suchen, um die Suche nach Wegen und Möglichkeiten aus der Praxis heraus zu forcieren. Außerdem bieten konkrete Projekte die Chance, Menschen und ihre Ideen mit in die Diskussion aufzunehmen, die zu einem reinen Theoriezirkel niemals dazustoßen würden (vielleicht schon allein, weil sie andere Gastwirtschaften besuchen ...).

Neben dem Impuls für die eigene und allgemeine Theorie- und Strategiediskussion bieten praktische Anwendungen weitere Chancen:

- Propaganda der Tat: Die Existenz von konkreten Projekten kann öffentlich sichtbare Orte der Veränderung schaffen. Alles, was (be-)greifbar ist, fördert Kontaktmöglichkeiten – vor allem wenn das Projekt verbunden wird mit offensiver Öffentlichkeitsarbeit aller Art, also von Nachbarschaftsfesten bis zu Medienarbeit.
- Umleitung von Ressourcen: Land, Gebäude, Produktionsmittel und Wissen können über Projekte den AkteurInnen autoritärer Gesellschaft, z.B. Konzernen oder Staat, entzogen und öffentlich zugänglich gemacht werden.
- Üben, aneignen und verbreiten: Jedes praktische Projekt ist Übung, z.B. zur Selbstorganisation, in konkreten Aktionstechniken, im öffentlichen Auftreten oder in handwerklichen Bereichen. Das nützt den Beteiligten. Das Wissen lässt sich weitergeben, so dass eine öffentliche Wirkung entstehen kann.

Im Folgenden sollen Praxisversuche, wie es sie schon gegeben hat und wie sie aktuell auch vielerorts laufen, kurz erwähnt werden. Mitunter erfolgt ein Hinweis auf weiterführende Literatur oder schon bestehende Texte in anderen Schriften oder im Internet, um hier nicht mit Wiederholungen zu arbeiten.

Wohnen

Weit verbreitet sind alternative Wohnprojekte. Allerdings haben sich die Formen im Verlauf der letzten Jahrzehnte stark zu einer hohen Kompatibilität mit den herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen entwickelt. Was heute als alternatives Wohnprojekt startet, bildet in der Regel Eigentum – wenn auch gemeinsames –, schafft Eigentumsbehälter für alle Beteiligten sowie höchstens noch einige Gemeinschaftsflächen. Meist finanziert es sich aus üblicher Lohnarbeit oder staatlichen Transferleistungen. Das war nicht immer so – besetzte Häuser oder selbstorganisierte Kommunen schufen z.B. in den 68er-Kämpfen und später bis in die 80er Jahre Raum für politische Aktion oder freie Kunstprojekte. Diese eckten mitunter an. Je weniger Nähe zur „Norm“alität entstand, desto eher blieb der Wille zum Anderssein erhalten. Staatliche Repression und fehlende Legalisierung von Häusern und Wagenplätzen erhöhten die Chance, sich weiter als gegenkulturelles Projekt zu begreifen. Es sind nur noch Ausnahmen. Die Geschichte des alternativen Wohnens hat deutlich belegt, dass bessere Bedingungen nicht zum Ausnutzen des größeren Freiraumes führten, sondern eher zu einer beschleunigten Änderung der Persönlichkeiten. Aus der Mitte der Protestkultur ist die neue bürgerliche Bildungsavantgarde gewachsen. Oder anders ausgedrückt: Die WählerInnen der Grünen sind durchschnittlich reicher, konsumieren mehr und reisen öfter als die anderer Parteien. Ihre Wohnungen sind schick, teuer eingerichtet und hermetisch von der Außenwelt abgeschottet.

Ein Zwang besteht nicht – vielmehr wirkt die kulturelle Entwicklung der Personen. Zu erwarten ist zumindest im deutschsprachigen eine Fortsetzung dieser Geschichte, denn die politisch Aktiven in diesem Land sind fast ausschließlich bildungsbürgerlicher Herkunft. Unabhängigkeit, Experiment und Aneignung von Fähigkeiten spielen dort keine große Rolle.

Lernorte

Um selbstorganisiert leben zu können und seine Möglichkeiten zu entfalten, braucht es Wissen. Nicht solches, wie in den bevormundenden Schulen und Universitäten oder den entsprechenden Lehrbüchern vermittelt wird. Sondern etwas Lebendiges, was Wissensaneignung und -weitergabe nach den konkreten Bedürfnissen möglich macht. Menschen, die nicht im Strom mitschwimmen und vorstrukturierte Lebensphasen mit Lernzeit, Arbeits- und Lebensendphase verbringen, werden immer lernen wollen, denn das Aneignen von Wissen erweitert die Möglichkeiten. Sie werden aber nach ihren Interessen lernen wollen, also jeweils das, was ihnen praktische Vorteile verschafft oder sie aus anderen Gründen gerade interessiert. Ein zeitlich vorgeplanter Stundenplan wird diesem nicht gerecht. Er schafft Einheitsbildung für Menschen, die lernen sollen, als Rädchen in einer großen Maschine zu funktionieren. Sie lernen nicht, sich selbst zu organisieren, eigene Interessen zu entwickeln und dann dafür die passenden Wissensquellen zu finden.

Genau so aber müssen emanzipatorische Lernorte aussehen. Nach Suche/Biete-Logik bilden sich dort Lerngruppen – ob aus 2 Menschen oder 100, ist Sache der Menschen selbst. Der Lernort ist zum einen Speicher an Informationen, d.h. er enthält Bibliotheken, Archive, Datenbanken, Anschauungsmaterial und Übungsgeräte, aber ebenso Platz für alle Arten von Wissensvermittlung – als frontale Vorlesungen, Workshop oder Austausch im Gespräch. Das Lernen wäre aber nicht auf solche Orte beschränkt, sondern findet überall in der Gesellschaft statt. Denn wo lässt sich Kochen besser lernen als in Küchen? Wo Holzarbeiten besser als in den Schreinerereien? Wo Lebensmittelanbau und -verarbeitung anschaulicher als auf den Höfen?



Zu herrschaftsfreien Lernorten gibt es ein Kapitel im Buch „Autonomie & Kooperation“: www.projektwerkstatt.de/hefte/download/autokoop_lernen.rtf
Auch als pdf.

Aktion: Öffentlichkeit und Widerstand

Wer nach emanzipatorischer Umgestaltung der Verhältnisse strebt, wird in den Bemühungen immer wieder zurückgeworfen durch die massiven Einflüsse der durch alle gesellschaftlichen Sphären dringenden Formen von Privilegien, Normierungen, Zugangsbeschränkungen und mehr. Alltag und gesellschaftliche Subräume sind keine Inseln, sondern geprägt durch die Beziehungen und Verhältnisse, die in der Gesellschaft wirken. Gleichzeitig wirkt jeder Teil auf das Ganze zurück, denn die Verhältnisse entspringen nicht einer zentralen Quelle, sondern wirken in allen Strukturen und Teilen der Gesellschaft. Diese ist von ihnen durchzogen, das Herrschaftsförmige liegt wie eine Matrix in allem, was Gesellschaft ausmacht. Es wäre daher frustrierend, sich ständig im Kleinen zu versuchen und dann doch zu merken, wie das gewaltige Korsett der überall hineinstrahlenden Machtstrukturen und Beeinflussungen jedes Bemühen zerstört.

Schulkritik und selbstbestimmtes Lernen: www.herrschaftsfrei-lernen.de.vu

Es liegt daher nahe, die Veränderungen im Alltag und in gesellschaftlichen Subräumen mit dem offenen Angriff auf die Verhältnisse und Beziehungen zu verbinden, die überall emanzipatorische Veränderungen blockieren. Wegen dieser Bedeutung ist Aktion und Widerstand ein eigenes, nämlich das abschließende Kapitel gewidmet.

Aus Christoph Spehr (2003): „Gleicher als andere“, Karl Dietz Verlag in Berlin (S. 51 f.)
Damit ist aber keineswegs klar, wie Kooperation sich stattdessen gestalten soll. Jenseits der abstrakten Bestimmung, wie sie das Prinzip der freien Kooperation gibt, bedarf es einer konkreten Politik, die auf bestimmten Lernerfahrungen von Emanzipationsbewegungen beruht und Alternativen zur herrschaftsförmigen Kooperation praktisch vorstellbar macht. Am weitestgehenden sind solche Überlegungen im italienischen Feminismus unter dem Begriff einer Politik der Beziehungen ausgearbeitet worden. Für alle Arten von Kooperation weitgedacht, ist das nichts anderes als die Frage, was man sich unter einer alternativen Vergesellschaftung in der Praxis vorzustellen hat.



Die Infoseite zu kreativen Aktionsformen mit vielen Tipps und Beispielen: www.direct-action.de.vu